

Jahresbericht 2024



3	Editorial
7	Aktivitäten des Ökumenischen Büros
7	Kolumbien
11	Zentralamerika
11	El Salvador
15	Honduras
19	Nicaragua
21	Weitere Aktivitäten zu Zentralamerika
23	Mexiko
29	Brasilien
31	Länderübergreifende Aktivitäten
31	Schwerpunkt: Verschwindenlassen
34	Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
35	Kooperation und Vernetzung
39	Erfahrungsberichte

Bildcredits

S. 45 Javier Rivera

Alle anderen: Öku-Büro

Editorial

Das Jahr 2024 war für das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V. ein besonderes: Mit unserem 40-jährigen Jubiläum blickten wir nicht nur auf vier Jahrzehnte solidarischer Arbeit mit Basisorganisationen in Lateinamerika zurück, sondern stellten zugleich entscheidende Weichen für die Zukunft.

Im Rahmen der Jubiläumsfeier reflektierten ehemalige „brigadistas“ und Gäst*innen aus Mexiko über ihre Erfahrungen aus der Brigaden-Arbeit in Nicaragua und El Salvador und die Bedeutung der internationalen Solidarität heute. Diese Rückschau auf unser Engagement war nicht nur ein Moment des Feierns, sondern auch der kritischen Reflexion: Was haben wir erreicht? Wo stehen wir heute? Und wie können wir unsere Arbeit nachhaltig sichern?



In Aktion für Menschenrechte in Kolumbien: Alejandro Pacheco bei unserer 40-Jahr-Feier.

Ein zentrales Thema, das uns über das Jahr hinausbegleiten wird, ist der anstehende Generationswechsel. Nach vier Jahrzehnten engagierter Arbeit braucht das Ökubüro junge Menschen mit neuen Ideen, um die bestehenden Strukturen zu erhalten und weiterzuentwickeln. Seit September 2024 gestalten wir diesen Übergang aktiv: Aufgaben und Verantwortung werden sukzessive an neue Mitarbeiter*innen übergeben, während zugleich eine strukturelle Neuausrichtung erfolgt. Dabei ist es uns wichtig, nicht nur Wissen und Netzwerke weiterzugeben, sondern

auch unsere Werte zu bewahren und gleichzeitig an die veränderten Herausforderungen anzupassen.

Alice Wiesholler ist seit September 2024 neu im Team und wird im Laufe des Jahres 2025 die Mexikoarbeit des Büros übernehmen, während sich Patricia Rendón dem Arbeitsschwerpunkt Kolumbien widmen wird. Wir bedanken uns schon hier vorab und nächstes Jahr dann nochmals sehr sehr herzlich bei Alejandro Pacheco, der die Kolumbienarbeit des Ökubüros über viele Jahre aufgebaut hat, und nun den weiten Weg von Niederbayern nach München samt Bahnchaos nicht mehr auf sich nehmen wird und das Büro leider Mitte 2025 verlässt. Antonia Rodríguez wechselt ab April 2025 von ihrem bisherigen Minijob zu El Salvador auf die Zentralamerikastelle des Büros und wird dabei punktuell noch von Andrea Lammers im Minijob unterstützt.



Generation feiern miteinander: Unsere Mitarbeiterin zu El Salvador und künftige Zentralamerika-Referentin Antonia Rodríguez und unser langjähriger ehrenamtlicher Webmaster Eberhard Albrecht.

Mit dem Generationswechsel ergeben sich auch neue Chancen für unsere Arbeitsweise. In den vergangenen Monaten haben wir analysiert, wie wir unsere Themen nachhaltiger und länderübergreifender verknüpfen können. 2025 wird daher eine Übergangsphase, in der wir neue Formate erproben und stärker thematisch zusammenarbeiten, ohne un-

sere bewährten Länderschwerpunkte aufzugeben. Zudem möchten wir die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen intensivieren und neue Wege der inhaltlichen Mitgestaltung eröffnen.

Das Jahr 2024 war für viele Länder Lateinamerikas von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen geprägt. In **Kolumbien** geriet der Friedensprozess ins Stocken. Der Staat verlor in mehreren Regionen zunehmend die Kontrolle, während bewaffnete Gruppen wieder erstarkten und gezielt Menschenrechtsverteidiger*innen angriffen. Gleichzeitig gab es beeindruckende symbolische Akte der Wiedergutmachung und Erinnerungsarbeit, auch wenn juristische Fortschritte nur langsam vorankamen.

In **El Salvador** bestimmte der seit fast drei Jahren andauernde Ausnahmezustand weiterhin das gesellschaftliche Leben. Willkürliche Verhaftungen, Folter und Todesfälle in staatlichem Gewahrsam sind an der Tagesordnung, während Präsident Nayib Bukele seine autokratische Macht weiter ausbaut. Die Opposition wurde weitgehend ausgeschaltet, und große Infrastrukturprojekte werden ohne Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung durchgesetzt.

Auch **Honduras** sah sich 2024 mit großen Herausforderungen konfrontiert. Trotz Fortschritten in der Umweltgesetzgebung blieben indigene und kleinbäuerliche Gemeinschaften durch extraktivistische Großprojekte bedroht. Die Regierung von Xiomara Castro versuchte mit einer repressiven Sicherheitsstrategie gegen die Bandenkriminalität vorzugehen, konnte jedoch kaum Erfolge erzielen. Während Teile des „Narcostaates“ weiterbestehen, kämpfen die staatlichen Institutionen mit struktureller Schwäche, während das Land auf ein unruhiges Wahljahr 2025 zusteuert.

In **Nicaragua** verschärfte sich die Repression weiter. Nichtregierungsorganisationen können nicht mehr arbeiten, unabhängige Medien gibt es nicht mehr, und willkürliche Festnahmen gehören zum Alltag. Die Regierung geht auch gezielt gegen Familienangehörige von Exilierten vor und entzieht weiterhin die Staatsbürgerschaft. Die Situation hat direkte Auswirkungen auf unsere Arbeit, da unsere langjährige Partnerorganisation ihre Rechtspersönlichkeit nun endgültig verloren hat.

Mexiko erlebte mit der Wahl von Claudia Sheinbaum die erste weibliche Präsidentin in der Geschichte des Landes. Doch viele strukturelle Probleme blieben ungelöst: Gewalt, das Verschwinden von über 110.000 Menschen und die Unsicherheit für Menschenrechtsaktivist*innen sind weiterhin drängende Themen. Angehörige von Verschwundenen übernehmen oft selbst die Suche nach ihren Liebsten und setzen

sich dabei großen Gefahren aus. Die „Vierte Transformation“, die als gesellschaftlicher Wandel beworben wurde, hat bisher oberflächliche Erfolge, aber keine grundlegenden Verbesserungen für breite Bevölkerungsschichten gebracht.

Der Schwerpunkt in **Brasilien** lag 2024 auf dem Kampf um Territorien. Umweltzerstörung, indigener Widerstand und die Auswirkungen neokolonialer Strukturen waren zentrale Themen, die auch in unserer Arbeit eine große Rolle spielten. An dieser Stelle möchten wir uns bei unserer Brasilien-Referentin Bianca Arruda Miranda für die engagierte Zusammenarbeit bedanken. Leider kann ihr Minijob 2025 nicht mehr weitergeführt werden. Wir hoffen aber sehr, auch weiterhin Aktivitäten zu Brasilien fortführen zu können.

Die beschriebenen Entwicklungen der Länderschwerpunkte des Ökubüros zeigen, dass autoritäre Strukturen, Gewalt und wirtschaftliche Interessen in vielen Ländern Lateinamerikas die gesellschaftlichen Spielräume weiter einschränken.

Auch hier in Deutschland hat sich das politische Klima im letzten Jahr verändert, was sich an den Rekordzahlen der AfD und einem auch gesellschaftlich wahrnehmbaren, antidemokratischen Klima zeigt. Stärker denn je ist dabei auch hier in Deutschland unsere Präsenz und Positionierung erforderlich. So unterstützen wir seit 2024 die Initiative Offen! und den Kartentausch für geflüchtete Menschen. Es ist uns sehr wichtig zu zeigen, dass trotz der weltweit schwierigen Bedingungen die interkulturelle Zusammenarbeit, die Unterstützung unsere Partnerorganisationen und der Aufbau solidarischer Netzwerke, global und hier vor Ort, ein wichtiger Bestandteil einer vielfältigen und demokratischen Gesellschaft ist.

Wir danken allen, die uns auf diesem Weg begleiten – sei es durch ihr Engagement, ihre Spenden oder ihre ideelle Unterstützung. Gemeinsam wollen wir den Wandel aktiv gestalten und unser Büro für die kommenden Jahrzehnte nachhaltig aufstellen.

Unser Dank gilt auch dem *Kulturreferat der Landeshauptstadt München* für die institutionelle Förderung sowie *Engagement Global*, *Brot für die Welt*, dem *Katholischen Fonds*, der *Aktion Selbstbesteuerung*, dem *Netzwerk München*, *Misereor*, der *Elisabeth-Selbert Initiative* des Instituts für Auslandsbeziehungen, der *Missionszentrale der Franziskaner* und der *Elisabeth-Käsemann-Stiftung* für die Projektmittel, die unsere Arbeit 2024 gefördert haben.

Aktivitäten des Ökumenischen Büros

Kolumbien

Im Jahr 2024 erlebte Kolumbien einen besorgniserregenden Rückschritt im Friedensprozess, insbesondere durch die Reaktivierung des Konflikts und die Blockade der „totalen Friedens“-Programme des Präsidenten. Der Jahresanfang war für uns besonders tragisch: Einige engagierte Aktivist*innen, die wir in den letzten Jahren in Deutschland zu Gast hatten, starben. Andere wurden bedroht oder lebensbedrohlich angegriffen. Die hohe Zahl von Angriffen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen prägt das Land weiterhin. Angesichts der verstärkten Aktivitäten bewaffneter Gruppen erhielten wir mehrere Anfragen zu Öffentlichkeitsarbeit und Schutzaktionen.

Während es 2024 beeindruckende symbolische Akte der Wiedergutmachung und der Erinnerungsarbeit gab, berichteten kolumbianische Organisationen von nur geringen Fortschritten im gerichtlichen und forensischen Bereich. Zudem stellten kolumbianische wie auch internationale Medien die Regierung als gescheitert dar, wodurch viele positive Entwicklungen, die im Hintergrund stattfinden, nicht wahrgenommen wurden. Die Herausforderungen bleiben indes vielfältig. Dazu gehören das wachsende Interesse an Wasserstoff, die Reaktivierung von Bergbaukonzessionen und die Kontrolle großer Territorien durch illegale bewaffnete Gruppen, die den Zugang zu bestimmten Regionen erschweren. Einige Gebiete befinden sich außerhalb staatlicher Kontrolle. Eine zunehmende Distanzierung regionaler staatlicher Stellen von der Zentralregierung verschlimmert diese Situation.

Im Jahr 2024 widmeten wir uns entscheidenden Themen, die eng mit indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften in Kolumbien verknüpft sind, sowie den verheerenden Auswirkungen der Drogenproduktion. Unser Fokus lag insbesondere auf den Kämpfen um Territorien, die als Ausdruck eines immer brisanteren Konflikts zwischen indigenen Gemeinden und wirtschaftlichen und politischen Eliten betrachtet werden. Diese Auseinandersetzungen sind nicht nur das Ergebnis historischer Ungerechtigkeiten, sondern auch Manifestationen gegenwärtiger Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen, die besonders durch Extraktivismus und die Drogenpolitik verschärft werden.

Unsere Aktivitäten im Jahr 2024 beleuchteten unter anderem das Zusammenspiel von indigener Kultur, traditioneller Medizin und gewaltfreiem Widerstand, der sich aus dem berechtigten Streben ergibt,

die eigenen Territorien zu verteidigen. Darüber hinaus setzten wir unsere Arbeit in den Bereichen Erinnerungs- und Friedenskultur sowie Empowerment für Aktivist*innen fort.

Indigene Kultur und Territorien

Eines unserer zentralen Themen im Jahr 2024 war die Kultur, die Traditionen und die Medizin der indigenen Gemeinschaften, was eine Fortsetzung unserer Arbeit aus den Vorjahren darstellt und auf Anfrage indigener Führungspersönlichkeiten zu Stande kam. Dies gelang uns durch ständige Zusammenarbeit mit indigenen Vertreter*innen, öffentliche Veranstaltungen sowie mit der weiteren Unterstützung der Kampagne *#FreeBruno*, die wir auf unserer Plattform *#Klimasolidarität.de* hosteten.



Spirale des Lebens: Referentin Adriana Walker rief dazu auf, eigene verschüttete Traditionen wiederzuentdecken, statt sich indigenes Wissen in neokolonialer Manier kommerziell anzueignen.

Am 26. Juli hielt Adriana Walker, Mitglied der *Embera Chami-Gemeinschaft*, einen Vortrag über „Indigene überlieferte Medizin – Kulturelle Aneignung in Europa“, in dem sie auf die problematische Kommerzialisierung indigener Medizin einging. Am 8. November diskutierten Guillermo Tenorio und Lesner Figueroa über die Rolle indigener Organisationen in Kolumbien und Costa Rica. Sie berichteten über ihre Kämpfe um Landrechte, die historischen Landrückgewinnungsprozesse und die Bedeutung von Cabildos (Gemeinderegierungen), Räten und indigenen Wächter*innen (Guardias Indígenas) bei der gewaltfreien Förderung von Einheit, Autonomie und zivilem Widerstand. Beide betonten, dass selbst einige „progressive

Parteien“ gegen indigene Gemeinschaften arbeiten und prangerten die Bedrohungen durch illegale Landnahme multinationaler Unternehmen an. Bei beiden Veranstaltungen diskutierten wir auch alternative Lösungen für die sich verschärfende soziale Krise indigener Gemeinschaften. Ein zentrales Thema der Veranstaltungen war die Bedrohung durch die legale und illegale kommerzielle Nutzung indigener Medizin, sowie der Coca-Pflanze und deren Auswirkungen auf das ökologische Gleichgewicht. Es wurde auch über die Risiken der UN-Kohlenstoffkompensationsprogramme (RED+) und der illegalen (Land-)Wirtschaft diskutiert.

In ihrem Vortrag erklärte Adriana Walker, dass Europa sehr gute „Heiler*innen“ hatte: „Eure eigenen Heiler*innen, in euren eigenen Gebieten müssen wiederentdeckt werden.“ Nach Fragen zum Zusammenhang von Entwicklung, Umwelt und Bildung wurde die Bedeutung der „Heilung unserer Familie“ betont: „Wir können den Amazonas nicht retten, wenn wir nicht heilen, was hier ist, wenn die Natur hier in Europa austrocknet“, sagte die Referentin, die damit auch auf Umweltaktivismus in Europa Bezug nahm. Eine Teilnehmerin betonte: „Ich denke, es ist sehr wichtig, dass wir über diese Themen nachdenken. Das ist Teil der menschlichen Entwicklung. Wir betrachten Spiritualität als etwas Schamanisches, aber dieses Thema ist auch sehr politisch.“

Schutzaufenthalt des ESI-Programms

Über die Veranstaltungen hinaus unterstützten wir von Mai bis November 2024 ein großes Projekt: den Schutzaufenthalt eines Menschenrechtsverteidigers aus der Region Cauca als Stipendiat der *Elisabeth-Selbert-Initiative* (ESI) des Instituts für Auslandsbeziehungen. Aufgrund unserer technischen und personellen Kapazitäten konnten wir das Projekt nur administrativ und in der Verwaltung unterstützen, was dennoch eine große Arbeitsbelastung bedeutete. Der Stipendiat konnte politische Aktivitäten durchführen, Interviews mit Medien führen, an Diskussionen und Konferenzen teilnehmen und sich mit NGOs und der kolumbianischen Diaspora austauschen.

Weitere Aktivitäten im Jahr 2024

Wir setzten auch weiterhin unser spezielles Thema „Auswirkungen der Produktion, der Politik und Kultur der Drogen“ fort. Das Thema wurde einerseits in internen Diskussionen und unserem Radioprogramm *En la Línea* behandelt. Andererseits beteiligten wir uns mit verschiedenen



Perspektivwechsel zum Thema Drogen: Die Aufklärung über die vielfältigen Auswirkungen der Drogenproduktion für die Anbaugemeinden und -länder war ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt 2024.

Gruppen des *Nord-Süd-Forums* an einer Standaktion beim Puls Festival: „ImPULSe für Globale Gerechtigkeit“. Dort leisteten wir Aufklärungsarbeit zu den Themen Coca und Kokain, Auswirkungen der Drogenproduktion und Drogenkultur. An der Grundschule Geiselhöring führten wir im Juli einen Schulprojekttag zum Thema „Auswirkungen der Drogenproduktion auf Menschen und Natur“ mit 20 Teilnehmenden im Alter von 13 bis 15 Jahren und ihren Lehrkräften durch.

Themen wie Erinnerungsarbeit und staatliche Verbrechen im Bürgerkrieg, wie die sogenannten „Falsos Positivos“ (außergerichtliche Hinrichtungen) setzten sich fort, sowohl durch Gespräche und Treffen mit den „Madres de los Falsos Positivos“, die 2023 auf Tour in Deutschland waren, als auch mit *AgroArte*, die Ende Juni 2025 nach Deutschland kommen werden. Zudem unterstützten wir eine Filmvorführung und Diskussion zu diesem Thema, die im Mai von der *Decolonial Practices Group* des Rachel-Carson-Centers der Ludwig-Maximilians-Universität durchgeführt wurden.

Am 7. Juni organisierten wir die Podiumsdiskussion „Why we don't give up: Für den Schutz der Umwelt ohne Lebensgefahr!“ anlässlich der Verleihung des Amnesty-Menschenrechtspreises 2024 von *Amnesty International*. Eingeladen wurden Yuly Velázquez (FEDEPESAN) und Iván Madero (CREDHOS) aus der Region Santander sowie Camilo Vargas von *Amnesty International Kolumbien*.

Zusätzlich berieten wir das ganze Jahr über in mindestens fünf Fällen bezüglich Schutzmaßnahmen oder Asyl. Außerdem koordinierten wir im November einen Workshop für psychosoziale Unterstützung, Selbstfürsorge und Stressabbau als Maßnahme für das Empowerment von Aktivist*innen, darunter auch unser Stipendiat der ESI. Wir unterstützten auch verschiedene Aktionen, Petitionen an die kolumbianische Regierung und Medienkampagnen zugunsten von Menschenrechtsverteidiger*innen.

Zentralamerika

El Salvador

Die aktuelle Lage in El Salvador ist gekennzeichnet durch einen mittlerweile fast drei Jahre anhaltenden Ausnahmezustand, Militarisierung und den fortschreitenden Abbau von Rechten und Organisationsmöglichkeiten der Bevölkerung und sozialer Bewegungen. Mehr als 83.000 Menschen wurden bisher unter Generalverdacht inhaftiert, ohne geregelte Verfahren oder Beweisaufnahmen. Internationale Menschenrechtsorganisationen wie *Amnesty International* und *Humans Rights Watch* beklagen, dass etwa 25.000 Personen während des Ausnahmezustands unschuldig verhaftet wurden.

Des Weiteren häufen sich Berichte von Folter und gewaltsamen Todesfällen in staatlichem Gewahrsam. Unter den Opfern sind laut der salvadorianischen Menschenrechtsorganisation *Cristosal* mindestens vier Minderjährige zu beklagen. Wir berichteten: <https://www.oeku-buero.de/nachricht-504/human-rights-watch-folter-und-missbrauch-von-kindern-in-el-salvadors-gefaengnissen.html>

<https://www.oeku-buero.de/nachricht-504/el-salvador-unschuldig-hinter-gittern.html>

Die Gewaltenteilung ist de facto aufgehoben, der Rechtsstaat zunehmend ausgehöhlt. Nach einer Wahlfarce im Februar 2024 konnte Präsident Nayib Bukele seinen autokratischen Kurs weiter fortsetzen. Progressive Parteien sind auch im Parlament nicht mehr vertreten, die außerparlamentarische Opposition ist marginalisiert.

Große Wirtschaftsprojekte mit internationaler Beteiligung (u.a. Bitcoin City, Pacific Airport, Bergbauprojekte) werden gegen die Interessen der Bevölkerung umstandslos durchgesetzt. <https://www.oeku-buero.de/nachricht-504/bukele-will-hart-erkaempftes-bergbauverbot-in-el-salvador-kippen.html> Am 23.12.2024 wurde das hart erkämpfte landesweite Bergbauverbot aufgehoben, was die Lebensgrundlagen vieler Menschen, insbesondere ländlicher Gemeinschaften, zusätzlich bedroht. Das Bukele-Regime agiert zudem massiv gegen Frauenrechte, behindert und kriminalisiert Geschlechterdiversität. Zivilgesellschaftliche Initiativen müssen sich in einem Klima der Angst und Repression neu organisieren. Gerade ländliche Gemeinden mit ungebrochen widerständiger Tradition sind Kristallisationspunkte dieser Organisation und damit aus der Sicht der Herrschenden eine Gefahr.

Highlight 2024: Speakerstour mit zwei Referentinnen aus El Salvador

Vor dem autokratischen Hintergrund in El Salvador, haben wir im Herbst 2024 zwei Frontfrauen von zivilgesellschaftlichen Organisationen eingeladen, um über ihre jeweiligen Lebensrealitäten im Ausnahmezustand in der Hauptstadt und auf dem Land zu berichten.

Bei den Gästinnen handelte es sich zum einen um Marisela Ramírez, Sprecherin des *Bloque de Resistencia y Rebeldía Popular*, einer zivilgesellschaftlichen Initiative aus San Salvador, an der sich mehr als 30 Organisationen beteiligen. Das Bündnis versucht, die Öffentlichkeit durch Mobilisierung, öffentliche Aktionen und Positionierung in den Medien für die Bedeutung der Friedensabkommen von 1992, für die Erhaltung der Grundlagen der Demokratie und gegen die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen während des andauernden Ausnahmezustandes in El Salvador zu sensibilisieren. Zum anderen war Vidalina Morales, Präsidentin der Nichtregierungsorganisation *ADES* dabei, die sich seit vielen Jahren gegen Bergbauprojekte in der Region Cabañas, einsetzt. Derzeit koordiniert sie die Kampagne für fünf verhaftete Umweltaktivisten aus ihrer Gemeinde Santa Marta.



Vidalina Morales informierte über die Folgen des Bergbaus in El Salvador und den Widerstand dagegen. Im Konrad-Adenauer Gymnasium in Kleve begann ihre Speakerstour.

Ziel der Rundreise war es, die Situation in El Salvador aus verschiedenen Perspektiven darzustellen, internationale Zusammenhänge kritisch zu beleuchten und Menschen zu mobilisieren, sich solidarisch und aktiv für soziale Gerechtigkeit und bedrohte Akti-

vist*innen einzusetzen.



Unsere Referentinnen aus El Salvador mobilisierten viel Solidarität für den Erhalt der Lebensgrundlagen und soziale Teilhabe, gegen das autokratische Regime in El Salvador. Hier zu Gast bei den Freund*innen von Ventana al Sur in Hannover.

Die Rundreise erreichte über 400 Menschen. Sie begann in Kleve mit einer Schulveranstaltung am Konrad-Adenauer-Gymnasium und einer anschließenden Abendveranstaltung mit der örtlichen Gruppe von *Amnesty International*. Weitere Stationen waren Eschborn, Wolfenbüttel, Hannover, Hamburg, Berlin, München, Aalen und Dresden. Bei einem Tagesseminar anlässlich des dreitägigen Bundestreffens der El Salvador Solidaritätsgruppen in Frankfurt erhielten knapp 50 Teilnehmer*innen aktuelle Informationen und diskutierten Strategien zur internationalen Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Widerstandes in El Salvador. Ergebnisse waren u.a. konkrete Aktionen für fünf inhaftierte Umweltverteidiger aus Santa Marta, deren Gerichtsverhandlung kurz bevorstand, darunter ein Brief an die deutsche Botschaft und eine Spendenkampagne für Gerichts- und Verteidigungskosten. Zudem planten die Teilnehmenden koordinierte Aktionen zum Jahrestag der Friedensverträge in El Salvador im Januar 2025. Insbesondere mit Jugendlichen, migrantischen Frauen und Mitglieder der Diaspora erarbeiteten die Referentinnen auf der Rundreise kreative Ansätze für feministischen und internationalistischen Widerstand. Treffen mit Bundestagsabgeordneten, dem Auswärtigen Amt und Organisationen wie *Greenpeace* schufen Brücken zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und politischem Handeln. Durch Vorträge mit Diskussion und mediale Berichterstattung erreichten die Referentinnen zudem ein breites Publikum. Eine Veranstaltung in Dresden, am „Tag des indigenen Widerstands“ mit kulturellem Rahmenprogramm, markierte den Abschluss der Reise.

Besonders erfreulich war, dass kurz nach der Tour die Umweltverteidiger aus Santa Marta freigesprochen wurden – ein Erfolg, der auch durch die internationale Aufmerksamkeit und Gespräche in Deutschland unterstützt wurde. Allerdings legte die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil Revision ein und deshalb muss im Frühjahr 2025 erneut verhandelt werden. Die Rundreise verdeutlichte, wie wichtig internationaler Austausch und zivilgesellschaftlicher Widerstand sind, um sich für Menschenrechte und eine nachhaltige Zukunft einzusetzen.

Wahlbeobachtung und Kontaktpflege in El Salvador

Bei einer Dienstreise anlässlich der Präsidentschaftswahlen im Februar 2024, lag der Fokus auf dem Austausch mit lokalen Partnern und der Analyse der politischen und menschenrechtlichen Situation. Unsere Berichterstattung u.a. über *amerika21* und *Radio Lora München* wies auf Unregelmäßigkeiten bei der Wahl hin. Gespräche mit langjährigen Partnerorganisationen in El Salvador wie *RACDES*, *ACUDESBAL*, *ADES* und *Radio Victoria* verdeutlichten uns die angespannte Lage im Land. Zudem nahmen wir Kontakt zu neuen Gruppen auf, auch vor dem Hintergrund geeignete Referent*innen für die Rundreise ausfindig zu machen. Die Reise vertiefte bestehende Kooperationen und stärkte neue Partnerschaften.

Webinar: Bukeles Haushaltspläne und Autoritarismus in El Salvador

Am 02.11.2024 sprachen wir online mit dem salvadorianischen Wirtschaftswissenschaftler Cesar Villalona über die politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen des von der salvadorianischen Regierung vorgelegten Haushaltsplans für 2025, der die Kürzung sämtlicher Ministerien vorsieht und somit eine starke Vernachlässigung in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und Geschlechtergerechtigkeit sowie weitere Verarmung der unteren Bevölkerungsschichten vermuten lässt.

Podcasts und Berichterstattung zu El Salvador

2024 produzierten wir insgesamt vier Podcastfolgen zu El Salvador. Für die Reportage „Verschwunden im Ausnahmezustand“ begleiteten wir Personen und Organisationen, die im von willkürlichen Verhaftungen von Angehörigen betroffen sind. Wir berichteten überdies regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen in El Salvador. Dies geschah im Wesentlichen in den *Lateinamerika-Nachrichten*, über *Radio Lora München* und das Online-Medium *amerika21*.

Zentralamerika

Honduras

Während Honduras unter der Mitte-links-Regierung von Xiomara Castro 2024 beträchtliche Fortschritte z.B. in der Umweltgesetzgebung machte, war die reale Situation in den indigenen und kleinbäuerlichen Territorien des Landes durch zwei Faktoren gekennzeichnet: die Auswirkungen der Klimakrise und die eskalierende Gewalt zugunsten von extraktivistischen Projekten vor allem auch der Agrar- und Tourismusindustrie. Honduras musste sich im dritten Regierungsjahr von Castro weiter mit den Tentakeln des ehemaligen Narco-Staates auseinandersetzen, die in Einzelfällen auch bis in Partei- und Familienkreise der Regierenden hineinreichen. Zudem scheiterte der Versuch, die Strategie der Harten Hand gegen Bandenkriminalität nach dem Vorbild des autokratischen Präsidenten Nayib Bukele aus dem Nachbarland El Salvador mit Hilfe eines partiellen Ausnahmezustandes teilweise zu kopieren. Das Land geht mit schwachen staatlichen Institutionen, weiter grassierender Strafflosigkeit und ohne Schutz für diejenigen, die ihre Lebensgrundlagen verteidigen, in ein mit Sicherheit sehr unruhiges Wahljahr 2025.

Arbeitsschwerpunkt Information & Advocacy

Die Arbeit des Ökubüros zu Zentralamerika konzentrierte sich 2024, was Veranstaltungen betrifft, stark auf El Salvador. Zu Honduras standen nach einer großen Speakerstour Ende 2023 eher Recherchen, Berichte und Netzwerkarbeit im Vordergrund. So verfolgten wir über diverse vor allem US-amerikanische Kanäle der Solidaritätsbewegung weiter den Prozess gegen den ehemaligen Präsidenten Juan Orlando Hernández (JOH) in New York und berichteten im März über das Urteil gegen ihn: <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/narco-staat-ex-praesident-von-honduras-in-usa-wegen-drogenhandels-verurteilt.html> Für die Zukunft besteht die Befürchtung, dass der neue US-Präsident Donald Trump JOH begnadigen und vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen könnte.

Acht Jahre und neun Monate nach dem Mord an der honduranischen Menschenrechtsaktivistin Berta Cáceres konnten wir Ende November 2024 berichten, dass der Oberste Gerichtshof des Landes die Urteile gegen die Täter und den Mittelsmann, den ehemaligen Geschäftsführer des Energieunternehmens DESA, David Castillo, in

letzter Instanz bestätigt hatte: <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-urteile-im-mordfall-berta-caceres-rechtskraeftig.html>



„Acht Jahre ohne Berta“. Anfang März 2024 mit den Naturfreunden und dem Kollektiv Cadeho in Berlin: Erinnerung an die antipatriachale, antikapitalistische Aktivistin für indigene Rechte Berta Cáceres.

Die mutmaßlichen Auftraggeber des Mordes sind noch nicht gefasst oder von Ermittlungen noch nicht betroffen. Wir werden beobachten und berichten, ob die Einsetzung einer internationalen Expert*innenkommission hier wesentlichen Fortschritte bringen wird.

Mord im Aguán-Tal

Laut *Global Witness* verzeichnet Lateinamerika weiter die höchste Zahl dokumentierter Morde an Land- und Umweltaktivist*innen. Die systematischen tödlichen Angriffe konzentrieren sich hauptsächlich auf vier Länder, in denen mehr als 70 Prozent der Fälle verzeichnet wurden: Brasilien, Kolumbien, Mexiko und Honduras.

Eine der Regionen von Honduras, in der die Gewalt gegen Verteidiger*innen von Umwelt- und Territorien aufgrund wirtschaftlicher Interessen und des ungehinderten Operierens des organisierten Verbrechens in den letzten Jahren besonders eskaliert, ist das Aguán-Tal in Honduras.

Seit Jahren war der Widerstand gegen Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden durch Eisenerz-Projekte des Unternehmer-Ehepaars Lenir Pérez und Ana Facussé im Fall Guapinol eines der Schwerpunktthemen unserer Honduras-Arbeit. Immer wieder mussten wir auch von Morden an Aktivist*innen berichten. Im September schockierte uns der Mord an Juan López, Stadtrat, Umweltaktivist und

katholischer Laienprediger aus Tocoa. Wir versuchten, hierzulande kaum bekannte Hintergründe dieser Tat einer deutschsprachigen Leser*innenschaft nahezubringen:

<https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/umweltschuetzer-und-laienprediger-in-honduras-erschossen.html>

<https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-festnahmen-im-mordfall-juan-lopez.html>

Unsere langjährige Advocacy-Arbeit zum Fall Guapinol trug Früchte, indem drei Abgeordnete des Deutschen Bundestags in einem Offenen Brief an die honduranische Staatsanwaltschaft und die Regierung Ermittlungen auch der Auftraggeber des Mordes und effektiven Schutz für die Menschenrechtsverteidiger*innen in der Region forderten: <https://maxlucks.de/offener-brief-an-die-regierung-von-honduras/>

Palmöl-Lieferketten im Fokus

Honduras gehört zu den wichtigsten Palmölproduzenten weltweit und befindet sich unter den zehn wichtigsten Lieferanten von Palmöl in Deutschland. Im Aguán-Tal liegen die größten Anbauflächen für Ölpalm-Monokulturen in Honduras. Sie werden von drei großen Palmöl-Konzernen dominiert. 2024 erschienen im Palmölreport der *Initiative Romero* aus Münster <https://www.ci-romero.de/produkt/report-im-schatten-der-oelpalme/> die Ergebnisse unserer gemeinsamen Recherche mit dem FDCL in Berlin dazu.

Im Fokus der Kritik wegen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen steht seit Jahrzehnten ein Unternehmen der Familie Facussé: *Corporación DINANT*. Im Februar 2022 vereinbarten kleinbäuerliche Organisationen und Kooperativen aus dem Aguán-Tal eine Kommission Aufklärung der Menschenrechtsverletzungen in ihrer Region und die Rückgabe von Konzernen wie *DINANT* beanspruchten und besetzten Agrarreform-Landes. Als in der zweiten Hälfte 2024 die Konstituierung der Kommission in greifbare Nähe rückte, nahmen Diskreditierung, Überwachung, Einschüchterung, Bedrohung, Ermordung und Vertreibung gegen die Kooperativen in der Nähe einer Ölmühle von *DINANT* sprunghaft zu. Die Betroffenen haben zahlreiche Indizien dafür gesammelt, dass kriminelle Gruppen im Bündnis mit privaten Sicherheitsdiensten des Palmölunternehmens für die Angriffe und Vertreibungen verantwortlich sind. Wir reagierten 2024/25 mit der Beteiligung an verschiedenen Eilaktionen und wiederholten Bitten auch an die deutsche Politik sich für den Schutz der betroffenen



Immer noch keine Aufklärung des Verbrechens: Solidaritätsaktion für die vier 2020 gewaltsam verschleppten Garifuna-Landverteidiger und die Organisation OFRANEH

Organisationen und Kooperativen einzusetzen und unterzeichneten einen Offenen Brief der *Initiative Romero* an internationale und deutsche Unternehmen, kein Palmöl von *DINANT* mehr zu beziehen.

Workshop beim Münchner Klimacamp

Wir sind kontinuierlich in Kontakt mit der afroindigenen Organisation *OFRANEH* an der Karibikküste von Honduras, berichten über deren Kämpfe um ihre angestammten Gemeindeterritorien (z.B. 2024 <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/garifuna-in-honduras-fordern-angestammtes-land-zurueck.html>) und die Aufklärung des gewaltsamen Verschwindenlassens von vier Garifuna-Aktivisten aus der Gemeinde Triunfo de la Cruz.

Indigene und Fischergemeinden an den Küsten von Honduras, sind auch durch die Klimaerhitzung mehr denn je in ihrer Existenz gefährdet. Während in dem zentralamerikanischen Land 2024 Waldbrände auf Grund großer Trockenheit auf ein nie gekanntes Rekordniveau anstiegen, gab es erneut enorme Schäden durch Tropenstürme und Überschwemmungen. In einem Workshop unter dem Titel „Landraub, Klimakrise, Widerstand“ berichteten wir im Juni beim von Dauerregen geprägten Klimacamp in München über die Situation der in *OFRANEH* organisierten Garifuna-Gemeinden in Honduras und die Zusammenhänge mit Entwicklungen und Strukturen hier im Globalen Norden.

Zentralamerika

Nicaragua

Auch 2024 ging die Repression in Nicaragua unvermindert weiter. 70 Prozent der Nichtregierungsorganisationen, die es bis 2018 gab, ist inzwischen der Rechtsstatus entzogen worden. Willkürliche Festnahmen und die Verweigerung der Einreise nach Auslandsreisen sind an der Tagesordnung. Betroffen davon sind häufig Menschen, die einfach nur Familienangehörige von Exilierten sind. Im September 2024 wurden wieder 135 politische Gefangene nach Guatemala abgeschoben und ihnen die Staatsbürgerschaft entzogen. In Nicaragua gibt es inzwischen weder eine unabhängige Zivilgesellschaft noch eine unabhängige Presse. Diese Situation hat auch Auswirkungen auf die Arbeit des Ökumenischen Büros. Nachdem im Dezember 2023 auch unserem langjährigen Partner, dem Movimiento Comunal Matagalpa der Rechtsstatus entzogen wurde und die Wiederbelebung einer Vorläuferorganisation keinen Erfolg hatte, haben wir keine direkten Partner*innen mehr in Nicaragua.

Monitoring der politischen Situation

Wir beobachten jedoch die Situation in Nicaragua auch in Zukunft weiter: Das Präsidentenpaar Daniel Ortega und Rosario Murillo setzt zielstrebig seinen Weg in die Familiendiktatur fort. 2024 veranlassten sie dazu eine Verfassungsreform, die die Macht des Präsidenten weiter ausweitet und die augenblickliche Machtverteilung auf das Ehepaar mit der Einführung einer Ko-Präsidentin in den Verfassungsrang erhebt. Nachdem 2024 Humberto Ortega, der inzwischen verstorbene Bruder von Präsident Daniel Ortega, die Regierung kritisiert hatte und dafür unter Hausarrest gestellt wurde, ist auch aus den Reihen des Frente Sandinista kaum noch Kritik zu erwarten.

Probleme werden sich für die Regierung Ortega Murillo in Zukunft aber sicher aus der unveränderten ökonomischen Abhängigkeit von den USA ergeben. Dorthin gehen weiterhin 40 Prozent der nicaraguanischen Exporte und von dort kommen mehr als 80 Prozent der Rücküberweisungen der nicaraguanischen Migrant*innen, die im vergangenen Jahr auf fast 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gestiegen sind. Der Anfang 2024 in Kraft getretene Freihandelsvertrag mit China hat an dieser Abhängigkeit bisher nichts geändert. Die Politik der neuen US-Regierung von Donald Trump gegenüber Nicaragua ist



Ein kritischer Blick auf alte und auf neue Zeiten: Ehemalige Brigadist*innen sichtigten im Ökubüro den Rohschnitt des Films „Ein Traum von Revolution“.

bis dato noch nicht einzuschätzen, ihre Abschiebungspläne werden aber kaum zu einer Verbesserung im Land führen.

Auseinandersetzung mit der Geschichte der Solidaritätsbewegung

Anfang 2024 traf sich eine Gruppe ehemaliger Brigadeteilnehmenden im Ökubüro, um den Rohschnitt des Films „Ein Traum von Revolution“ von Petra Hoffmann zu sichten und zu diskutieren. Im April konnten wir dann das fertige Werk im übervollen Werkstattkino in München sehen und mit Erika Harzer, die Recherchen und Beratung für den Film übernommen hatte, über die positiven und die problematischen Aspekte der internationalen Solidaritätsbewegung mit der sandinistischen Revolution und vor allem über die heutige Situation und die Perspektiven der Zivilgesellschaft im Exil sprechen. Beim 40jährigen Jubiläum des Ökubüros zeigten wir den Film erneut im Rahmen eines Workshops ehemaliger Brigadist*innen, wobei nun der Fokus mehr auf die Lehren aus dem damaligen Einsatz in Nicaragua und El Salvador für heutiges vielfältiges gesellschaftliches Engagement hierzulande lag.

Landraub für die globale Fleischindustrie

Im Oktober 2024 zeigten wir im Münchner Monopol-Kino den Dokumentarfilm „Patrol – Patrullaje“ und sprachen damit vor allem auch ein jüngeres Publikum an. Wir ergänzten die ebenfalls sehr gut besuchte Vorführung durch ein bewegendes Video-Statement des Regisseurs Camilo de Castro Belli Zum Q&A über die Situation der indigenen Gebiete an der Atlantikküste Nicaraguas konnten wir die zentralamerikanische Journalistin Lucila Campbell Cabrera gewinnen, die in Deutschland im Exil lebt.

Die Erfahrungen mit den Filmdiskussionen und dem Workshop ermutigen uns, auch in der Zukunft punktuell in München immer wieder Veranstaltungen zu Nicaragua anzubieten, damit dieses Land, mit dem das Ökubüro 40 Jahre lang engverbunden war, nicht in Vergessenheit gerät.

Weitere Aktivitäten zu Zentralamerika

Podiumsdiskussion: Transrechte in Zentralamerika

Am 20. November veranstalteten wir zusammen mit der *Heinrich-Böll-Stiftung* und der *Hirschfeld-Eddy-Stiftung* anlässlich des International Transgender Day of Remembrance eine Online-Podiumsdiskussion zu Transrechten in Zentralamerika. In dieser widmeten wir uns den strukturellen Benachteiligungen, mit denen trans* Personen in Zentralamerika konfrontiert sind. Dafür wurden Expert*innen und Aktivist*innen aus Guatemala, Honduras und El Salvador eingeladen. Mit ihnen diskutierten wir über Diskriminierung, Gewalt und fehlende rechtliche Schutzmaßnahmen sowie die Rolle der internationalen Gemeinschaft, insbesondere Deutschlands, in der Förderung der Menschenrechte und würdiger Lebensbedingungen.

Mitschnitt der Veranstaltung: <https://www.youtube.com/watch?v=EpJNZ0ubdg0>

Folgen des Ananas-Booms für indigene Territorien in Costa Rica

Costa Rica ist mit über zwei Millionen Tonnen jährlich der weltweit größte Exporteur von Ananas. Viele Plantagen der Tropenfrucht, die überwiegend von großen Konzernen betrieben werden haben erhebliche negative Folgen für die Umwelt und den Zugang zu Land für Kleinbäuer*innen und Indigene, ganz zu schweigen von oftmals miserablen Arbeitsbedingungen auf den Plantagen. Auf Anfrage der

honduranischen indigenen Organisation *COPINH* und von befreundeten Organisationen in Italien unterstützten wir im November 2024 eine von jungen Aktivist*innen ehrenamtlich organisierte und durchgeführte Speakerstour zum Thema des Ananasbooms in Costa Rica logistisch und mit Kontakten. Lesner Figueroa Lázaro, Sprecher des Rates *Consejo Ditsö Iriria Ajkōnuk Wakpa* (CODIAW) der Bribri-Gemeinschaft in Costa Rica schilderte im Rahmen seiner Europareise wie der Konzern *Fresh Del Monte Produce* im Territorium der Bribri in Salitre vorgeht. Dabei kritisierte er auch die Imageaufwertung, die DelMonte durch die deutsche GIZ erfahren hat. In München nahm Lesner an unserer Dialog-Veranstaltung mit dem indigenen Ältesten, dem Mayor Guillermo Tenorio Vitonas aus Kolumbien als Ko-Referent teil. Zudem führten wir ein Interview mit ihm, das unter dem Titel „Del Monte verletzt die Rechte der Bribri“ im Februar 2025 in der Zeitschrift *Lateinamerika-Nachrichten* erschien.



Protestaktion gegen Landraub und Ausbeutung durch Ananas-Plantagen in Costa Rica. Wir unterstützten die unabhängige organisierte Rundreise eines Bribri-Aktivisten logistisch.

Mexiko

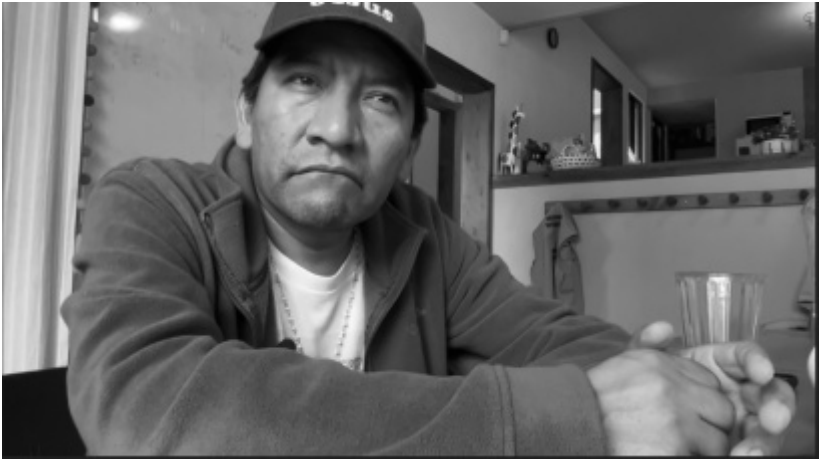
Die Wahl von Claudia Sheinbaum zur ersten Präsidentin Mexikos im Jahr 2024 markiert einen historischen Wendepunkt in der politischen Dynamik der Region. In der öffentlichen Debatte steht Sheinbaum für eine progressive soziale Politik der Morena Partei. Letztendlich führt sie jedoch das politische Projekt der „Vierten Transformation“, das vom ehemaligen Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (AMLO) initiiert und vertreten wurde, weiter fort. Diese „Vierte Transformation“ die augenscheinlich eine demokratische und ökonomische Wende im Land antreiben soll, hat bisher weder zu weniger Gewalt, noch zu einer tatsächlichen sozialen und ökonomischen Stabilität der breiten Bevölkerung geführt.

In den Bereichen Menschenrechte, Umwelt und Sicherheit bleibt die Bilanz Mexikos Ende 2024 kritisch. Zu den drängendsten Problemen gehören nach wie vor die hohe Zahl der Verschwundenen und die zahllosen ungelösten Fälle nicht aufgefundener Personen (RNPDO). Nach Angaben des Zentralregisters sind in Mexiko mehr als 110.000 Personen als vermisst gemeldet. Suchkollektive, die sich zumeist aus Familienangehörigen der Verschwundenen – vor allem Frauen – zusammensetzen, übernehmen weiterhin die Suche, da staatliche Maßnahmen weitgehend fehlen. Dabei sind sie erheblichen Gefahren ausgesetzt. Zwischen 2018 und 2024 wurden mindestens 16 Suchende ermordet. 13 von ihnen sind Frauen, was die Gewalttätigkeit der Täter*innen und Verwundbarkeit der Angehörigen unterstreicht.

Die mediale Aufarbeitung und Darstellung dieser strukturellen Probleme bergen ein enormes Sicherheitsrisiko für Journalist*innen. Mexiko bleibt so eines der gefährlichsten Länder für Journalist*innen in Lateinamerika. Im Jahr 2024 wurden fünf Journalist*innen ermordet, ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr, der insbesondere auf die Verschärfung der Kartellkonflikte nach den Wahlen zurückzuführen ist. Mit einer Straflosigkeit von 80 Prozent ist das Ausbleiben juristischer Konsequenzen nach wie vor die Regel. Dieses Klima der Gewalt und Straflosigkeit führt zu Selbstzensur und Angst unter den Medienschaffenden.

Die Eskalation der Gewalt zeigt sich vor allem im Bundesstaat Chiapas und den seit 2024 verstärkten Angriffen auf zapatistische Gemeinden. Trotz der Angriffe bekräftigt die Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) ihren Willen zum Widerstand. Die Situation bleibt jedoch äußerst kritisch, wie die Ermordung des indigenen Menschenrechtsverteidigers Pater Marcelo Pérez im Oktober 2024

zeigt: <https://www.oeku-buero.de/nachricht/es-reicht-wir-fordern-gerechtigkeit-fuer-pater-marcelo-perez-perez.html>



In Chiapas eskalierte die Gewalt: Der Mord an Pater Marcelo Pérez führte zu einem landesweiten und internationalen Aufschrei.

Aus sozial-ökologischer Sicht wurden in Mexiko 60 Regionen als "Regionen des gesundheitlichen und ökologischen Notstands" (RESAs) eingestuft. Grund dafür sind die weitgehend unregulierten Aktivitäten nationaler und transnationaler Unternehmen in sogenannten Industriekorridoren, die meist in der Nähe großer Flüsse liegen und zur Verschmutzung von Flüssen, Feuchtgebieten und Seen beitragen. Der fortschreitende Bau der Megaprojekte „Tren Maya“ und „Interozeanischer Korridor“ im Südsüdosten Mexikos zeigt, wie zunehmende Gewalt gegen indigene und bäuerliche Gemeinschaften, Landraub und Umweltzerstörung die sozio-ökologische Krise des Landes verschärfen, während multinationale Konzerne weiterhin davon profitieren.

Im Einklang mit den Kämpfen von Kollektiven und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Mexiko führten wir eine Reihe von Aktivitäten durch, die sich auf diese drei zentralen Aktionsfelder konzentrierten: „Verschwindenlassen“, Umweltzerstörung und Wasserverschmutzung sowie Gewalt gegen Journalist*innen.

Deutschland-Rundreise 2024: Berichte aus den Hotspots der industriellen Umweltverseuchung in Mexiko

Um den Kampf der Gemeinden in Tlaxcala und Jalisco – zwei der als „Regionen des gesundheitlichen und ökologischen Notstands“ (auch

„Umwelthöllen“ genannt) klassifizierten Gebiete sichtbar zu machen, organisierte das Ökubüro in Zusammenarbeit mit Mitgliedsorganisationen der *Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko* und unabhängigen zivilgesellschaftlichen Kollektiven vom 21. Juni bis 5. Juli 2024 die Deutschlandtour „Wasser und Luft schützen, Leben verteidigen“. Die Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger*innen Alejandra Méndez Serrano vom Menschenrechtszentrum Fray Julián Garcés (Tlaxcala) und Alan Carmona Gutiérrez vom *Kollektiv Un Salto de Vida* (El Salto, Jalisco) nahmen daran teil.

Das Programm umfasste Gespräche mit der Zivilgesellschaft und Behörden in Deutschland, Interviews mit Journalist*innen sowie ein Fachseminar zur deutschen Lieferkettengesetzgebung, das über deren Vorteile und Einschränkungen informierte und Weiterbildungszwecken diente.



Wissenschaft, Erfahrungen und Kämpfe der Gemeinden vor Ort: Das katastrophale Ausmaß der industriellen Umweltverschmutzung in Mexiko erschütterte die Zuhörenden, hier zum Beispiel in Hamburg.

Auf der Tour durch Berlin, Hannover, Hamburg, Augsburg, München, Bonn, Eichstätt und Bochum wurde ein breites und vielfältiges Publikum erreicht und die Themenschwerpunkte konnten auf vielfältige Weise diskutiert werden. Dadurch wurde eine breite Aufmerksamkeit für die gravierenden Umwelt- und Gesundheitsprobleme durch industrielle Verschmutzung in Mexiko geschaffen. Konkret wurden die Regionen Alto-Atoyac (Tlaxcala und Puebla), der Santiago-Fluss (Jalisco) und der

Chapala-See thematisiert, die durch den Betrieb nationaler und internationaler Unternehmen stark belastet sind.

Ein zentrales Ziel der Reise war es, Unterstützungsnetzwerke zwischen der deutschen und mexikanischen Zivilgesellschaft zu schaffen und den Austausch mit staatlichen Institutionen sowie Expert*innen für Umweltfragen und nachhaltige Entwicklung zu fördern. Durch Gespräche mit Vertreter*innen deutscher Unternehmen wurde zudem der Zusammenhang zwischen industrieller Umweltverschmutzung in Mexiko und internationalen Lieferketten aufgezeigt.

Darüber hinaus wurde die Bedeutung des deutschen Lieferkettengesetzes (in Kraft ab 2023) anhand dokumentierter Fälle beleuchtet. Dies ermöglichte eine Einschätzung sowohl der positiven als auch der problematischen Aspekte der Gesetzgebung im Kontext von Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen.

Die Reise war damit ein zentraler Schwerpunkt der Mexiko-Arbeit des vergangenen Jahres, da sie die gravierenden Folgen des Freihandels für Umwelt und Bevölkerung in Mexiko sichtbar und vor allem begreifbar machte. Durch die Auswirkungen der Freihandelsabkommen mit den USA, Kanada und der EU sind in Mexiko so genannte „Industrieparadiese“ entstanden, die gleichzeitig als „Umwelthöllen“ bezeichnet werden. Da diese Realität für Menschen in Deutschland oft sehr fern und abgekoppelt von der eigenen Realität erscheint, war es umso wichtiger, dass die Vertreter*innen aus Mexiko persönlich von dieser Realität berichten und Bezüge zu Deutschland herstellen konnten.

Die hohe Umweltbelastung und die Zerstörung intakter Ökosysteme haben neben den ökologischen Folgen auch hohe gesundheitliche Risiken für die lokale Bevölkerung zur Folge, was zu einer hohen Inzidenz tödlicher Krankheiten im Einzugsgebiet des Alto Atoyac führt. Dies unterstreicht die Dringlichkeit des Handelns und des internationalen Drucks. Die Reise konnte dazu beitragen, aufzuzeigen, wie mangelnde Kontrollen in Mexiko dazu geführt haben, dass multinationale Unternehmen kaum Verantwortung für die verursachten Schäden übernehmen müssen. Die Reise bot daher die Möglichkeit, mit politischem Entscheidungsträger*innen in Deutschland über die Notwendigkeit strengerer internationaler Regeln und Mechanismen wie das Lieferkettengesetz zu sprechen, um Unternehmen zur Verantwortung zu ziehen. Die Tour knüpfte auch an die Karawane *#ToxiTourMexico* (2019-2020) an, die bereits ähnliche Probleme dokumentiert hat. Durch die erneute Aufmerksamkeit konnten das Bewusstsein weiter geschärft und mögliche Lösungsansätze diskutiert werden.

Workshop in München: Das deutsche Lieferkettengesetz – Herausforderungen und Möglichkeiten am Beispiel Mexikos

Das Seminar, geleitet von Dominique Eckstein, einer Expertin für Menschenrechte, diente als Raum für Dialog und Austausch, um die internationale Zusammenarbeit im Bereich Menschenrechte und Umweltgerechtigkeit zu fördern. Es fokussierte auf das Lieferkettengesetz (LkSG) und dessen Auswirkungen auf den Schutz der Menschenrechte in Mexiko aus der Perspektive der Zivilgesellschaft. Durch die Analyse konkreter Fälle von Menschenrechtsverletzungen in Mexiko wurden zentrale Themen behandelt, wie die Sensibilisierung der Teilnehmer*innen für die prekären Menschenrechtsbedingungen und die Rolle deutscher Unternehmen. Es wurde erläutert, wie betroffene Gemeinden ihre Rechte durch die Beschwerdemechanismen des LkSG einfordern können und welche Herausforderungen sie dabei zu bewältigen haben. Zudem wurden praktische Werkzeuge bereitgestellt, um in Deutschland Druck auf Unternehmen auszuüben, die mit Mexiko Geschäfte machen, und die Einhaltung gesetzlicher Standards zu fordern.

Das Thema war für das Ökubüro besonders wichtig, da es die Auswirkungen deutscher Unternehmen auf die Menschenrechtssituation in Mexiko thematisierte und Maßnahmen zur Verbesserung der Rechenschaftspflicht aufzeigte. Angesichts der engen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Mexiko war es entscheidend, die Verantwortung deutscher Unternehmen für Menschenrechts- und Umweltverletzungen zu hinterfragen. Das Seminar trug auch dazu bei, die Bedeutung der Umsetzung des Lieferkettengesetzes zu verdeutlichen und zu verstehen, wie die Zivilgesellschaft und Betroffene die Einhaltung des Gesetzes einfordern können. Besonders thematisiert wurden zudem die Risiken für Menschenrechtsverteidiger*innen, die sich in Mexiko gegen Missstände einsetzen.

Konzerte und Kulturveranstaltungen in München

Dank des Projekts Wor(l)d Connects, das vom Kulturreferat der LHM unterstützt wurde, konnte das Münchner Publikum am 12. August ein Programm voller Stimmen und Texte aus Lateinamerika genießen, mit Musik, inspiriert und interpretiert von Musiker*innen aus der Diaspora, aber auch direkt aus den lateinamerikanischen Territorien, wo Musik Teil des vielfältigen Lebenskampfes ist.

Als Special Guest des *Theatron Musik Sommers* kam Mare Advertencia Lirika, die selbst der indigenen Volksgruppe der Zapoteca angehört und

im süd-mexikanischen Bundesstaat Oaxaca beheimatet ist, aus Mexiko nach München. Sie nutzt ihre Musik als Sprachrohr für politische und gesellschaftlich wichtige Themen. Ihr Fokus liegt dabei auf dem Schicksal der indigenen Bevölkerung Lateinamerikas und den Kämpfen der Frauen. Sie nutzt HipHop pädagogisch, um Jugendlichen die politischen Realitäten in Mexiko aufzuzeigen und eine Verbindung zwischen den Welten und Realitäten herzustellen.



Mare Advertencia Lirika aus Oaxaca begeisterte beim Musiksommer im Münchner Theatron.

Zusammen mit Mare Advertencia waren die Musiker*innen Cashmere Caramel & Encantada & Chakabella - Latin Fusions aus München Teil des Programms am 23.08.12 im Theatron Musik Sommers.

Ein weiteres Highlight unseres Kulturprogramms 2024 war der Abend „Wor(l)d Connects und Öku-Büro present“ am 5. Juli im KÖSK, mit Audry Funk & DJ Kuto Quilla – Sozialkritisch-feministischer HipHop & Latin Sounds. Dazu traten auf: Omar Musa & Mariel Roberts – Spoken Word Konzert und als Special Guest Waseem. An diesem besonderen Konzertabend traten spannende Künstler*innen aus verschiedenen Teilen der Welt auf, die

auf unterschiedliche Weise Diskriminierungserfahrungen gemacht haben und dieses Thema auch in ihrer Musik darstellen. Die Veranstaltung war Teil der Ausstellung „Freistoß 1884“, die sich bis zum 14. Juli im KÖSK mit der Kongo-Konferenz beschäftigte – einem historischen Ereignis, das die Aufteilung Afrikas unter den europäischen Kolonialmächten vorantrieb. Durch die musikalischen Beiträge und Konzerte während der Ausstellung wurden interessante Bezüge zur Geschichte hergestellt und ein Raum für kritische Reflexion im Kontext damaliger gesellschaftlicher Diskussionen geschaffen.

Ein Highlight des Abends war die mexikanische Rapperin, Songwriterin und Aktivistin Audry Funk. Sie lebt in der New Yorker Bronx und war auf internationalen Bühnen vertreten – sei es auf Festivals, in Communities oder als MC und Speakerin bei Konferenzen an Universitäten wie Harvard. Ihre Texte und ihr Engagement machten sie zu einer wichtigen Stimme in der Musikszene und in der Diskussion über soziale Gerechtigkeit.

Brasilien

Der Länderschwerpunkt Brasilien konzentrierte sich im Jahr 2024 auf das Thema: „Kämpfe um Territorien – Umwelt- und Menschenrechtsverletzungen“. Mit verschiedenen Programmschwerpunkten sollte der Zusammenhang zwischen Umweltzerstörung, indigenem Widerstand und fortbestehenden (neo-)kolonialen Strukturen beleuchtet und diskutiert werden.

Nicht erst seit dem G20-Gipfel, der 2024 erstmals in Brasilien stattfand, werden diese Themen auch in einer breiteren Öffentlichkeit diskutiert. Schon seit einigen Jahren ist klar, dass Brasilien als Land mit einer unglaublichen Biodiversität und einer starken, multiethnischen indigenen Bewegung, die sich für ihre Rechte und den Erhalt des Amazonas-regenwaldes einsetzt, eine wichtige Rolle für eine globale klimagerechte Lösung spielt. Die Stimmen indigener Vertreter*innen, die von Jahr zu Jahr lauter auf die sich verstärkende Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes hinweisen, zeigen immer deutlicher, welche strukturellen Probleme durch die globalisierte Industrieproduktion oder auch die wachsende Fleischindustrie existieren. Der Schutz indigener Territorien und ihr Selbstverwaltungsrecht darüber, stehen dabei im Fokus der Diskussion und sind eine zentrale Forderung indigener Vertreter*innen. Diesen Stimmen und Forderungen eine Plattform zu geben, hat sich das Ökubüro auch in diesem Jahr zum Ziel gesetzt. So konnten betroffene Aktivist*innen aus Brasilien direkt über die Situation ihrer Gemeinden berichten, die zwar lokal mit unterschiedlichen Problemen konfrontiert sind, aber immer wieder auf Gemeinsamkeiten bei strukturellen Landkonflikten, Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung hinweisen. Ein wichtiges Ziel der Brasilienarbeit des Ökubüros war es daher, diese Zusammenhänge durch Diskussionen, direkten Austausch mit Betroffenen, Bildungsveranstaltungen und Vorträgen greifbar zu machen. Im Mittelpunkt stand dabei die gemeinsame Erarbeitung von Lösungsansätzen, die globale Klimagerechtigkeit zum Ziel haben und dabei die Interessen der betroffenen Menschen berücksichtigen.

Hybridveranstaltung zu Landraub und Widerstand in Brasilien

Am 21. November 2024 fand eine gut besuchte Hybridveranstaltung zum Thema „Landraub und Widerstand: Gewalt gegen Indigene in Brasilien“ statt. Das Online-Panel mit Tuxaua Filipe Gabriel Mura, einem Vertreter der Mura-Gemeinschaft, und João Vitor Lisboa Baptista,

Rechtsberater des CIMI bot den inhaltlichen Rahmen. Die Referenten stellten den aktuellen Jahresbericht des CIMI zur Gewalt gegen Indigene vor und berichteten über den Widerstand der Mura, die über große ländliche und urbane Gebiete verteilt leben und gegen den geplanten Bergbau in ihrem Territorium kämpfen.



rotz Verbesserungen immer noch Ziel von Angriffen und Landraub. Indigene Gäste aus Brasilien berichteten über ihre Kämpfe.

internationaler Regularien, um Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen durch multinationale Unternehmen zu verhindern. Die Veranstaltung betonte, dass trotz politischer Fortschritte viele indigene Territorien weiterhin Bedrohungen ausgesetzt sind. Die Referenten beleuchteten nicht nur die Herausforderungen, sondern auch konkrete Lösungsansätze für den Schutz indigener Rechte. Mit rund 80 Teilnehmenden bot die Veranstaltung einen wichtigen Raum für Austausch und Sensibilisierung.

Weitere Brasilien-Aktivitäten

Im Oktober 2024 wurde die Online-Reihe „Raus aus den (neo-)kolonialen Schulden“ durchgeführt. Ein Workshop und ein Vortrag mit anschließender Diskussion thematisierten, wie ein gerechteres globales Finanzsystem zu mehr Klimaschutz beitragen kann. In Kooperation mit der Gruppe *Debt for Climate* wurde aufgezeigt, dass viele Länder des globalen Südens hohe Summen für Schuldentilgung aufbringen müssen, während dringend benötigte Klimaschutzmaßnahmen unfinanziert bleiben. Brasilien diene als Beispiel für diese Problematik.

Ein weiteres zentrales Thema im Jahr 2024 war die Auseinandersetzung mit dem Dammbruch einer Eisenerzmine in Brumadinho im Januar 2019, bei dem über 270 Menschen starben. Eine Podiums-

diskussion und Protestaktion vor der Zentrale von TÜV Süd im Mai machten auf die Strafflosigkeit der verantwortlichen Unternehmen aufmerksam. Die deutsche Zertifizierungsfirma hatte den Damm zuvor als sicher eingestuft, obwohl große Mengen giftigen Minenschlamm in den Fluss Paraopeba gelangten und das Trinkwasser gefährdeten. Angehörige der Opfer erstatteten bereits 2019 in Kooperation mit ECCHR und Misereor Anzeige gegen TÜV Süd, doch seit fünf Jahren prüft die Münchner Staatsanwaltschaft den Fall ohne Entscheidung über eine Anklage.

Während der Diskussion berichteten Betroffene über die katastrophalen Folgen des Bergbaus in ihren Regionen. Thematisiert wurden zudem Widerstandsstrategien indigener Gemeinschaften, laufende Gerichtsverfahren zur Durchsetzung von Gerechtigkeit sowie unternehmerische Sorgfaltspflichten in globalen Lieferketten

Länderübergreifende Aktivitäten

Schwerpunkt: Verschwindenlassen

Aktivitäten im Rahmen des Projekts der Koalition gegen das Verschwindenlassen

Im Rahmen der „Koalition gegen das Verschwindenlassen“ fanden am 21. und 22. August 2024 in München sowie am 27. und 28. August 2024 in Münster die Workshops „Silhouetten der Hoffnung“ statt. Ziel des Projekts war es, durch partizipative Kunst eine Sensibilisierung und Information über die Realität des erzwungenen und unfreiwilligen Verschwindenlassens von Menschen zu erreichen.

Die Workshops sollten dazu beitragen, das Bewusstsein für diese schwerwiegende Menschenrechtsverletzung zu schärfen und Empathie zu fördern. Dabei wurde auch die Frage aufgeworfen, wie in Deutschland Räume für Solidarität, Diskussion und Reflexion zu diesem Thema entstehen können. Ziel war es, die Bedeutung der Menschenrechte in den Vordergrund zu stellen und die Teilnehmer*innen zum Nachdenken über ihre eigene Haltung und die internationale Verantwortung anzuregen.

Die Aktivität bestand aus partizipativen Kunstworkshops, bei denen Jugendliche Masken aus recycelten Materialien herstellten. Diese symbolisierten die Betroffenen des erzwungenen Verschwindenlassens. Zusätzlich wurden in den Workshops Raum für Diskussionen und

kollektive Reflexionen geboten, die von einer fachkundigen Person moderiert wurden. Der Workshop wurde von Jorge Hidalgo, einem erfahrenen Workshop-Leiter aus Kolumbien und Deutschland, geleitet.



Zeichen gegen das Vergessen: In Workshops mit dem Künstler Jorge Hidalgo entstanden „Silhouetten der Hoffnung“.

Durch die empathische Auseinandersetzung mit den Schicksalen der Betroffenen wurde ein Gefühl der Solidarität und des internationalen Engagements geweckt. Zudem regte das Projekt zu intensiven Reflexionen und Diskussionen an, wodurch die Teilnehmer*innen ein besseres Verständnis für Menschenrechte und die Notwendigkeit von Solidarität entwickelten. Die Ergebnisse der Workshops wurden am 30. August 2024, dem Internationalen Tag der Opfer des erzwungenen Verschwindenlassens, in einer öffentlichen Ausstellung am Königsplatz in München präsentiert.

Parallel dazu wurde die Wanderausstellung „WO SIND SIE? KEIN MENSCH VERSCHWINDET SPURLOS“ gezeigt, die das gewaltsame Verschwindenlassen in Mexiko thematisiert. Auf 30 großen Schautafeln wurden exemplarische Fälle aus über vier Jahrzehnten dokumentiert – von den Verbrechen während des sogenannten „Schmutzigen Krieges“ bis in die Gegenwart. Durch diese künstlerischen und informativen Beiträge wurde das Schicksal der Verschwundenen sichtbar gemacht und ein Zeichen gegen das Vergessen gesetzt. Die Veranstaltung rief zur Solidarität mit den Angehörigen auf und forderte Gerechtigkeit für die Opfer dieses systematischen Unrechts.

Von Mai 2023 bis März 2025 haben wir intensiv und erfolgreich zum Thema Gewaltsames Verschwindenlassen gearbeitet, auch im Rahmen der gleichnamigen Koalition deutscher NGOs und Einzelpersonen. Diese Arbeit werden wir aufgrund fehlender Kapazitäten und Mittel vorerst nicht mehr fortsetzen. Einzelne Aktionen gerade auch in München werden wir nach Möglichkeit im Rahmen unseres Arbeitsschwerpunktes Erinnerungskultur immer wieder aufgreifen.



Die Ergebnisse der Workshops präsentierten wir bei einer Performance-Aktion zum Internationalen Tag gegen das Verschwindenlassen auf dem Münchner Königsplatz.

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Radio-Produktion

An etwa acht bis zehn ersten Montagen im Monat des Jahres gestalteten wir bisher von 17 bis 18 Uhr unsere eigene Radio-sendung „en la linea“ bei Radio Lora München. Auf Grund des Strukturwandels und der personellen Veränderungen müssen wir leider unsere Radioarbeit 2025 etwas einschränken, hoffen jedoch sie in Zukunft wieder vermehrt aufleben zu lassen.



Gemeinsam mit Schüler*innen gestalten wir eine Sendung bei Radio Lora München.

Podcast

2022 haben wir mit der Produktion unsere spanisch- und deutschsprachigen Podcasts „Hay Elefantes en Abya Yala? – Gibt es Elefanten in Abya Yala?“ begonnen. Anfang 2025 erscheinen zwei Interviews und ein aufwändig auf Spanisch und Deutsch produziertes Feature zu El Salvador.

Homepage

Auf unserer Homepage www.oekubuero.de geben wir einen aktuellen Einblick in unsere Arbeit. Wir publizieren ausgewählte Nachrichten aus unseren Schwerpunktländern sowie Urgent Actions, Hintergrundberichte und Spendenaktionen. Die Besucher*innen der Seite finden Informationen zu unseren Veranstaltungen und können unsere Publikationen herunterladen.

YouTube-Kanäle „Oeku Buero“ und „Klimasolidarität Jetzt!“

Auf beiden Kanälen veröffentlichen wir sporadisch Videos von Veranstaltungen des Ökubüros, in denen wir uns mit den Realitäten in den Ländern, zu denen wir arbeiten, auseinandersetzen.

Social-Media Plattformen

Unser Kanal fb.com/oeku.buero ergänzt das Informationsangebot unserer Website. Seit 2023 betreiben wir einen eigenen Instagram-Kanal.

Mailverteiler & Newsletter

Während unserer Veranstaltungen oder über unsere Homepage können sich Interessierte in verschiedene, thematisch gegliederte E-Mail-Verteiler eintragen. Sie bekommen dann von uns E-Mails mit Informationen sowie Einladungen, unsere Menschenrechts-Eilaktionen zu unterstützen. Darüber hinaus machen wir über unseren etwa zehn Mal jährlich erscheinenden elektronischen Newsletter auf kommende Veranstaltungen und interessante Themen aufmerksam.

Medienpräsenz

Wir vermittelten Medien und freiberuflichen Kolleg*innen Hintergrundinformation beziehungsweise Interviews und Kontakte mit unseren Gästen und in unseren Partnerländern. Zum Teil werden wir auch selbst als Gesprächspartner*innen angefragt, veröffentlichen eigene Beiträge in verschiedenen Medien oder geben Interviews.

Pressemitteilungen & Eilaktionen

Bei wichtigen Ereignissen in unseren Schwerpunktländern oder im Falle von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen übersetzen wir Eilaktionen unserer Partnerorganisationen oder schreiben gemeinsame offene Briefe und Pressemitteilungen, um Entscheidungsträger*innen und Öffentlichkeit zu informieren und zum Handeln aufzufordern.

Kooperation und Vernetzung

In München, Deutschland und Europa existieren eine Vielzahl von Organisationen, die sich mit dem Thema Nord-Süd befassen. Durch Kooperation und Vernetzung gewinnt unsere Arbeit an Qualität und Wirksamkeit. Hier einige Beispiele:

Runder Tisch Zentralamerika

Der Runde Tisch Zentralamerika (RT-ZA) ist ein Netzwerk von ca. 30 Nichtregierungsorganisationen, kirchlichen Hilfswerken, Stiftungen, Vereinen, Initiativen und Einzelpersonen in Deutschland und teilweise in Österreich und der Schweiz, die zu entwicklungspolitischen Themen

in Zentralamerika arbeiten und Partnerbeziehungen in der Region unterhalten. Er wurde 2014 gegründet, um verstärkt in der deutschsprachigen Öffentlichkeit auf die Situation und Problemlagen in den zentralamerikanischen Ländern aufmerksam zu machen. Im Fokus steht die Menschenrechtslage in der Region.

El Salvador-Solidarität

Wir nehmen aktiv an bundesweiten und internationalen Solidaritätsnetzwerken zu El Salvador und Zentralamerika teil und unterstützen in diesem Rahmen Öffentlichkeitskampagnen zur gegenwärtigen Menschenrechtslage und Umweltzerstörung in El Salvador. Beispielfhaft sei an dieser Stelle die Bundessolidarität El Salvador genannt. Mit letzterer organisierten wir im September 2024 ein El-Salvador- Wochenende mit knapp 50 Teilnehmenden.

Honduras Delegation

Die überregionale Arbeitsgruppe HondurasDelegation ist aus der Honduras-Delegationsreise

2010 hervorgegangen, die das Ökumenische Büro organisierte. Seither sind wir integraler Bestandteil dieses Arbeitszusammenhangs. Unsere bisherige Arbeit auf europäischer und internationaler Ebene z.B. über die Brüssel Advocacy-Organisationen Red EU Lat müssen wir leider stark reduzieren und fürchten, sie mittelfristig – vorbehaltlich einer angemessenen Finanzierung – ganz einstellen zu müssen. Das wäre umso bedauerlicher als wir besonders angesichts der Entwicklungen in den USA vermehrt Anfragen aus Honduras erhalten, auf europäischer Ebene tätig zu werden.

Menschenrechtskoordination Kolumbien

Die Deutsche Menschenrechtskoordination Kolumbien (MRKK) ist ein Netzwerk von 17 Menschenrechtsorganisationen, Solidaritätsgruppen und Hilfswerken, die bereits seit 1995 ihre Arbeit zu den Menschenrechten in Kolumbien abstimmen. Dabei stehen für sie gleichermaßen die bürgerlichen und politischen sowie die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte im Zentrum ihrer Arbeit. Ebenso spielt die Umsetzung des Friedensprozesses eine wichtige Rolle für die Arbeit der MRKK.

Wir arbeiten insbesondere in der AG Wirtschaft & Menschenrechte der MRKK aktiv mit.

Bundesweites Netzwerk Columba

Unsere Netzwerkarbeit zu Kolumbien stützt sich auch auf die Begleitung und Unterstützung des bundesweiten Netzwerks von Migrantenorganisationen und -gruppen COLUMBA, die zu Kolumbien arbeiten.

Menschenrechtskoordination Mexiko

Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko ist ein Netzwerk von 18 Hilfswerken und Initiativen, die in Deutschland zur Menschenrechtssituation in Mexiko arbeiten. Das gemeinsame Anliegen ist die Unterstützung mexikanischer Menschenrechtsorganisationen in ihrem Kampf gegen Menschenrechtsverletzungen und Straflosigkeit, für mehr Demokratie und Gerechtigkeit.

Koalition gegen Verschwindenlassen

Ein Bündnis von Nichtregierungsorganisationen, Forschungsinstitutionen und Individuen aus dem deutschsprachigen Raum, das sich seit 2015 gegen das Verschwindenlassen von Personen einsetzt.

Seit 2022 ist das ÖkuBüro in der Arbeit der Koalition wieder aktiv und beteiligt sich seit Mai 2023 besonders intensiv an der Organisation von Veranstaltungen zum Thema des Verschwindenlassens in Lateinamerika.

Portal amerika21.de

Das Lateinamerika Nachrichtenportal mit Sitz in Berlin hat sich als aktuelles und umfangreichstes deutschsprachiges Medium mit Nachrichten zu Lateinamerika etabliert. Für amerika21 verfassen wir regelmäßig Beiträge, gelegentlich arbeiten wir anderen Autor*innen mit aktuellen Informationen aus erster Hand zu.

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre

Seit mehreren Jahren arbeiten wir mit dem Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V. zusammen. Da die Tätigkeiten deutscher Konzerne in unseren Schwerpunktländern und deren Auswirkungen auf die Menschenrechte zunehmend in den Fokus unserer Arbeit rückten, beschlossen wir 2015, dem Verband beizutreten.

Nord-Süd-Forum München e.V.

Seit vielen Jahren sind wir Teil des Münchner Nord-Süd-Forums und arbeiten in verschiedenen Themenbereichen, vor allem zu Klima- und Umweltthemen zusammen. Viele unserer Themenschwerpunkte überschneiden sich mit den Inhalten, die das Nord-Süd-Forum vermittelt, wobei sich unsere Aktivitäten gut ergänzen und auch die gemeinsame Vernetzung in deutschlandweiten Netzwerken stärken.

Kooperationen 2024 (Auswahl)

Neben den oben genannten Netzwerken haben wir 2024 unter anderem mit folgenden Gruppen, Kollektiven und Organisationen zusammengearbeitet. Sie zeigen die Breite unserer Kooperationen, die wir auch in Zukunft beibehalten möchten:

AG Postkolonial* der Universität Augsburg, Aluna Minga e.V. (München), Amnesty International (Ortsgruppen München und Kleve, Ko-Gruppe El Salvador, CASA Gruppe Hamburg), Asociación Iberoamericana (Dresden), Colectivo Cogollo (Bochum), Colectiva Feminista de Abya Yala (Dresden), Decolonial Practices Group (Rachel Carson Center) München,

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V., FDCL (Berlin), FIAN Deutschland, Frau -Kunst-Politik e.V. (München) Institut für Auslandsbeziehungen IFA (Berlin), Initiative Romero CIR (Münster), INKOTA-Netzwerk (Berlin), Kampagne #FreeBruno, Katholische Gemeinde Christkönig (Eschborn), Lateinamerikanische Filmtage München (LAFITA), Ligsalz8 (München),

Mexiko Vía Berlin e.V., MISEREOR (Aachen), Morgen e.V. (München), München International, Mission Eine Welt (Nürnberg), Pacta Servanda e.V. (München), Speak4Nature, Stadtpark Olga (München), Partner Südmexiko e.V. (Berlin), Peace Brigades International (Hamburg), Pro Regenwald (München), Utopia e.V. (Aalen), Ventana al Sur (Hannover), Zapapres e.V. (Hamburg), Zentralamerika Sekretariat (Zürich), Zentralinstitut für Lateinamerikastudien ZILAS (Eichstätt).

Erfahrungsberichte

“Die Reise öffnete Türen für einen Dialog”

2024 lud uns das *Ökubüro* in Abstimmung mit *Misereor*, der *Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko* und weiteren Organisationen zu der Rundreise „Wasser und Luft schützen, das Leben verteidigen“ ein. Die Rundreise gemeinsam mit Alan Carmona vom Kollektiv *Un Salto de Vida* aus Jalisco war ein Follow-Up der *Toxitour* in Mexiko 2019 und in Deutschland 2020, um über die aktuelle Situation von Regionen in Mexiko mit besonders hoher industrieller Verschmutzung und Umweltzerstörung zu informieren. Ich hatte die Gelegenheit, als Leiterin des Zentrums *Fray Julián Garcés* und im Namen der Gemeinden des Wassereinzugsgebietes des Alto Atoyac-Flusses teilzunehmen. Wir haben uns organisiert, um die ernste Situation anzuprangern, die wir im Hinblick auf die durch industrielle Prozesse verursachte sozioökologische Zerstörung erleben.



Alejandra Méndez und Alan Carmona berichteten auf ihrer deutschlandweiten Speakerstour 2024 über die “Umwelthöllen” Mexikos.

102 toxische Verbindungen

Für mich war es sehr wichtig, in Deutschland Informationen bekannt zu machen, die von Dr. Omar Arellano von der *Nationalen Autonomen Universität von Mexiko* (UNAM) zusammengestellt und analysiert wurden. Danach sind in der Region in den Flüssen Atoyac und Zahuapan und ihren Nebenflüssen 102 toxische Verbindungen gefunden worden, sowohl im Wasser als auch in Form flüchtiger organischer Verbindungen (VOC) in der Luft. Unter diesen Elementen wurden mindestens 18 umweltschädliche Verbindungen und Moleküle identifiziert, die mit den Prozessen der Automobilindustrie in Verbindung gebracht werden, vor allem: Zink, Nickel, Mangan, Blei, Kupfer, Chrom, Quecksilber, Arsen, Trimethylbenzol, Benzol, Toluol, Ethylbenzol, Xylole, Nitrate, Fette und Öle.

Die Tatsache, dass die Menschen diesen Stoffen über lange Zeit ausgesetzt sind, hat gravierende Auswirkungen auf die Gesundheit. Diese äußern sich in chronischen Krankheiten wie neurologischen Schäden, Entwicklungsverzögerungen, Reproduktions-, hämatologischen, Nieren- und endokrinen Schäden sowie Krebs. Der Wissenschaftler Samuel Rosado Zaidi hat offizielle Informationen des *Nationalen Instituts für Statistik, Geografie und Informatik* über die Region analysiert und herausgefunden, dass zwischen 2015 und 2019 alle zweieinhalb Stunden eine Person im Oberen Atoyac-Becken an diesen Krankheiten gestorben ist.

Vom Erstaunen zur Aktion

Die herzliche, brüderliche und schwesterliche Gastfreundschaft, die Bereitschaft, Offenheit, Solidarität, Sensibilität, mit der auf unserer Speakerstour Diskussionen geführt wurden, hat das Engagement unserer Gemeinschaften gestärkt. Wir erlebten, dass die Menschen zu und mit denen wir sprachen, sehr verwundert waren, als sie von den schweren Verwüstungen in unseren Regionen hörten. Sie waren ihnen völlig unbekannt, da die gleichen Unternehmen in ihrem Land als saubere Unternehmen gelten. Es blieb aber nicht allein beim Erstaunen: Nachdem sie unser Zeugnis gehört hatten, boten uns viele Personen an, Aktionen durchzuführen, um anzuprangern und zu fordern, dass ihre Unternehmen unser Territorium respektieren.

Die Reise öffnete uns auch Türen zum Dialog mit der Deutschen Regierung, die ihre Besorgnis über die Situation zum Ausdruck brachte und zusagte, die Situation von ihrer Botschaft in Mexiko aus zu verfol-

gen.

Darüber hinaus konnten wir auf die ernste Situation des Frauen- und Mädchenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung im mexikanischen Bundesstaat Tlaxcala aufmerksam machen, der nationale und internationale Auswirkungen hat. Im Laufe der Geschichte war dieses Problem immer eng mit den Industrialisierungsprozessen verbunden.

Das Weben von Netzwerken gibt uns Hoffnung. Es stärkt unsere Organisation und unsere Fähigkeit, die ernste Situation, in der wir in unserem Gebiet leben, bekannt zu machen.

Es gibt keine soziale Gerechtigkeit ohne Umweltgerechtigkeit!

Alejandra Méndez Serrano
Menschenrechtszentrum *Fray Julián Garcés*
(Tlaxcala, Mexiko)

Neue Bündnisse aus Vertrauen und Respekt

Diese kilometerlange Reise durch Deutschland, von einem Ende zum anderen, war in vielerlei Hinsicht eine bereichernde Erfahrung. Als individuelle Erfahrung ist das Privileg, an Orte zu reisen, die völlig anders sind als die gewohnten, immer eine bereichernd. Sie ermöglicht es, seinen Horizont zu erweitern und andere Lebensweisen, Denkweisen und Lebensgewohnheiten kennenzulernen, von denen man immer etwas Wichtiges lernen kann.

Diese Reise ging nicht nur auf eine Einladung des *Ökumenischen Büros für Frieden und Gerechtigkeit* in München und der *Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko* zurück, sondern auch auf einen Auftrag, der einem kollektiven Bedürfnis entspricht, nämlich unsere Verbindungen und unsere Beziehungen des Vertrauens und der Bündnisse zu erweitern, die über die utilitaristischen Beziehungen der Entwicklungszusammenarbeit und die ideologische Starrheit des traditionellen Internationalismus hinausgehen.

Europa aus der Perspektive gemeinsamer Kämpfe

Wenn wir Europa nicht nur von seinem privilegierten Platz auf globaler Ebene aus betrachten, sondern auch von seiner Wut und seinem Kampf für eine gerechtere Welt, können wir uns in einem gemeinsamen Engagement gegen die kapitalistische Zerstörung sehen, die europäische transnationale Unternehmen in Mexiko fördern, insbesondere in der Region, in der ich lebe, dem oberen Einzugsgebiet des Río Grande de Santiago.

Es war von unschätzbarem Wert, die Möglichkeiten und auch die Grenzen der internationalen Politik in Bezug auf Unternehmen und Menschenrechte kennenzulernen, sowie etwas über die Kämpfe zu erfahren, die namhafte Organisationen geführt haben, um Mechanismen in diesem Bereich zu schaffen, umzusetzen und zu stärken. Ich nehme nicht nur gute Erinnerungen, Kontakte und Netzwerke aus Deutschland mit, sondern auch neue Bündnisse, die aus Vertrauen, Respekt und gegenseitiger Bewunderung entstehen und die Hoffnung auf eine gerechtere Welt nähren.

Alan Carmona Gutiérrez
Un Salto de Vida (El Salto, Jalisco, Mexiko)

Gewissheit, dass es Menschen gibt, die an unserer Seite stehen



Marisela Ramírez schilderte die dramatische politische und soziale Situation im autoritär regierten „Däumling Zentralamerikas“, El Salvador.

Im Oktober 2024 war ich zusammen mit Vidalina Morales Teil einer Rundreise durch Deutschland. Ziel dieser Reise war es, auf die ernste Lage in El Salvador im Bereich der Menschenrechte, die demokratischen Rückschritte, die politische Verfolgung und die hohen Lebenshal-

tungskosten aufmerksam zu machen. Diese Tour hatte in mehrfacher Hinsicht, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene eine bedeutende Wirkung:

Internationale Sichtbarkeit der Krise in El Salvador

Die Rundreise ermöglichte es, Stimmen aus El Salvadors auf globaler Ebene Gehör zu verschaffen. Besonders in Deutschland – einem Land mit politischem und wirtschaftlichem Einfluss in der Europäischen Union. Durch Treffen mit Parlamentariern, Menschenrechtsorganisationen und Medien konnten die systematischen Menschenrechtsverletzungen, die Schwächung des Rechtsstaates und die prekären Lebensbedingungen der salvadorianischen Bevölkerung aufgezeigt werden.

Internationaler Druck auf die salvadorianische Regierung

Indem die demokratischen Rückschritte und die politische Verfolgung thematisiert wurden, konnte die Rundreise dazu beitragen, das Bewusstsein für die Situation in El Salvador zu schärfen. Durch die Unterstützung von Parlamentariern und Politikern kann zusätzlicher Druck auf die Regierung ausgeübt werden, damit diese Verantwortung für ihr Handeln übernimmt. Deutschland spielt als einflussreiches Mitglied der internationalen Gemeinschaft eine wichtige Rolle und kann in multilateralen Gremien darauf hinwirken, mehr Transparenz und die Einhaltung der Menschenrechte in El Salvador einzufordern.

Stärkung von Solidaritätsnetzwerken

Die Rundreise ermöglichte den Aufbau strategischer Allianzen mit deutschen und internationalen Organisationen, die sich für den Schutz der Menschenrechte einsetzen. Diese Solidaritätsnetzwerke können lokale Organisationen in El Salvador, die unter schwierigen Bedingungen arbeiten, mit technischer, finanzieller und politischer Unterstützung stärken.

Sensibilisierung der deutschen Öffentlichkeit

Durch eine Vielzahl öffentlicher Veranstaltungen, Konferenzen und kultureller Initiativen wurde das Bewusstsein sowohl der deutschen als auch der lateinamerikanischen Diaspora für die Lage in El Salvador geschärft. Dies förderte nicht nur ein besseres Verständnis der aktuellen Entwicklungen, sondern stärkte auch die internationale Solidarität für

Gerechtigkeit. Zudem bot die Rundreise eine wichtige Plattform, um Berichte und Zeugenaussagen zu Menschenrechtsverletzungen und Machtmissbrauch in El Salvador vorzustellen. Diese Dokumentationen können als Grundlage für internationale Verfahren dienen, beispielsweise vor dem Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte oder den Vereinten Nationen.

Stärkung der zivilgesellschaftlichen Organisationen in El Salvador

Die Rundreise zeigte, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen in El Salvador trotz Repression und interner Einschränkungen in der Lage sind, sich zu organisieren und ihre Stimme auf internationaler Ebene zu erheben. Dies trägt zur Stärkung ihres Widerstands und ihres Kampfes für Gerechtigkeit im eigenen Land bei.

Diese Rundreise erwies sich als ein wirkungsvolles Mittel, um die tiefgreifende Krise in El Salvador ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Sie trug nicht nur dazu bei, Menschenrechtsverletzungen und demokratische Rückschritte auf die internationale Agenda zu setzen, sondern stärkte auch die globalen Netzwerke der Unterstützung und Solidarität. Derartige Initiativen sind essenziell, um die Hoffnung auf eine gerechtere und demokratischere Zukunft in El Salvador zu bewahren. Gleichzeitig verdeutlichen sie, wie wichtig internationale Einflussnahme ist, um nationale Krisen zu bewältigen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.

Eine persönliche Erfahrung

Während meiner Rundreise durch Deutschland hatte ich die Gelegenheit, mich in Frankfurt mit Vertreterinnen und Vertretern von Organisationen zu treffen, die seit Jahrzehnten solidarisch mit El Salvador verbunden sind. Dieses Treffen war zutiefst bewegend und bedeutungsvoll – nicht nur aufgrund des aktuellen Kontextes, sondern auch wegen des aufrichtigen Engagements, das diese Menschen für unser Land zeigten. Wir wurden mit großer Herzlichkeit und Respekt empfangen. Viele der Anwesenden hatten bereits in den schwierigsten Zeiten El Salvadors – während des Bürgerkriegs und in den darauffolgenden Jahren – an Kooperations- und Unterstützungsprojekten mitgewirkt. Ihre Gesichter spiegelten eine Mischung aus Besorgnis und Hoffnung wider, als sie von den aktuellen Herausforderungen in unserem Land hörten: wirtschaftliche, politische und soziale Rückschritte, die das Leben vieler Menschen massiv belasten.

In meinem Redebeitrag schilderte ich die harte Realität, die wir derzeit erleben: steigende Armut, wachsende Ungleichheit, mangelnde Transparenz in den Institutionen und eine geschwächte Demokratie. Besonders betonte ich, wie diese Krisen die Familien in El Salvador treffen, insbesondere die verletzlichsten. Während ich sprach, konnte ich in ihren Blicken tiefe Empathie und den aufrichtigen Wunsch erkennen, unsere Situation noch besser zu verstehen.

Das Treffen endete mit einem erneuerten Engagement für Zusammenarbeit. Wir diskutierten konkrete Maßnahmen, darunter Sensibilisierungskampagnen, internationalen Druck und gemeinschaftliche Unterstützungsprojekte. Ich verließ die Zusammenkunft mit tiefer Dankbarkeit und der Gewissheit, dass wir in unserem Kampf nicht allein sind – dass es Menschen gibt, die bereit sind, an unserer Seite zu stehen.

Dieser Tag in Frankfurt war nicht nur eine Gelegenheit, die schwierige Lage El Salvadors zu thematisieren, sondern auch eine kraftvolle Erinnerung daran, wie entscheidend internationale Solidarität ist. Ich nahm die Hoffnung mit, dass wir gemeinsam an einer besseren Zukunft für unser Land arbeiten können.

Marisela Ramírez

***Bloque de Resistencia y Rebeldía Popular (San Salvador,
El Salvador)***



Knapp 50 Personen nahmen am Bundestreffen der El Salvador-Solidarität und am El Salvador-Seminar in Frankfurt/M teil.

Ökumenisches Büro



**Lateinamerika • El Salvador
Honduras • Kolumbien • Mexiko • Nicaragua
Internationalismus • emanzipativ • kritisch
Menschenrechte • Kultur • solidarisch • Bildung**

www.oeku-buero.de

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die uns unterstützt haben, für ihren Beitrag zu einem gelungenen Jahr 2024 und freuen uns über Rückmeldungen zu diesem Bericht.

Wir sind offen für tatkräftige Unterstützung.
Das Team des Ökumenischen Büros

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.

Pariser Straße 13
81667 München
Tel. ++49-89-448 59 45
Fax ++49-89-48 76 73
e-Mail: info@oeku-buero.de

Spendenkonto:
Konto-Nr. 5617 62 58
Stadtsparkasse München
BLZ: 701 500 00
IBAN: DE65 7015 0000 0056 1762 58
SWIFT: SSKMDEMM